

Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Ausgangslage

In Ostdeutschland engagiert sich eine Vielzahl von Menschen. Sie setzen sich für das Gemeinwohl ein, schaffen Kulturorte im ländlichen Raum, unterstützen Geflüchtete beim Ankommen, sie organisieren sich in Umwelt-, Heimat- oder Sportvereinen, helfen alten Menschen vor Ort oder gründen eine Theatergruppe für Kinder. Kurzum: Zivilgesellschaftliches Engagement ist vielfältig und steht dem im Westen Deutschlands in nichts nach. Die ostdeutsche Zivilgesellschaft ist zudem anpassungsfähig und versteht es, mit wenigen Ressourcen effizient und zielgerichtet an der Verbesserung der Lebenswirklichkeit zu arbeiten. Manches Engagement knüpft dabei an die aktive Zivilgesellschaft an, die zum Sturz der DDR geführt hat, vieles ist in den Transformationsjahren und danach neu gewachsen. Wer sich engagiert, gestaltet aktiv das Gemeinwesen mit und macht auf diese Weise Erfahrungen der Selbstwirksamkeit, bleibt damit anschlussfähig für demokratische Aushandlungsprozesse und für die Demokratie schlechthin.¹ Untersuchungen zeigen, dass sich dieses zivilgesellschaftliche Engagement in den letzten Jahren in Ostdeutschland positiv entwickelt hat.²

Dennoch zeichnet die Demoskopie ein düsteres Bild. In drei von fünf ostdeutschen Flächenländern ist die AfD laut aktuellen Umfragen derzeit die stärkste politische Kraft, im Bund die zweitstärkste Kraft nach der Union.³ Neben der AfD machen gerade in Ostdeutschland eine Reihe von meist rechtsextremistischen Kleinstparteien und Gruppierungen von sich reden, die politisch hochbrisante Themen zuspitzen (Pandemie, Ukraine-Krieg, Klimawandel) und sie somit der sachlichen Debatte entziehen. Auch die Hetze gegen Geflüchtete wird hier vorangetrieben, teils mit großem Zuspruch aus der Mitte der Bevölkerung. Ob Fremdenfeindlichkeit generell, Muslim- oder Judenfeindlichkeit, Homophobie und Transfeindlichkeit: Die mehrfach bei wissenschaftlichen Studien gemessenen Werte sind erschreckend hoch, besonders in Ostdeutschland. Laut einer EFBI-Untersuchung könne sich die Mehrheit der Ostdeutschen zwar mit der Demokratie als Idee identifizieren, aber die „Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie im Alltag funktioniert, ist schwach ausgeprägt. [...] Zwei Drittel halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren, und kaum jemand glaubt, einen Einfluss auf die Regierung zu haben.“⁴

Es scheint also, dass es um die Demokratie schlecht bestellt sei.

¹ Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE)/Institut für Demoskopie Allensbach: Monitoring Demokratische Integration. URL: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/pressemeldungen/bundesweite-umfrage-zufriedenheit-mit-dem-funktionieren-der-demokratie-ruecklaeufig-jedoch-nicht-bei-engagierten-und-ehrenamtlichen/>, Mai 2023.

² Stiftung Bürger für Bürger (Hg): Engagementförderung in Ostdeutschland. URL: <https://www.buerger-fuer-buerger.de/wp-content/uploads/2022/02/Engagementfo%CC%88rderung-in-OD-barrierefrei.pdf>, 2022.

³ forsa-Umfrage, 15. August 2023.

⁴ Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler: EFBI Policy Paper 2023-2: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Juni 2023. URL: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf, S. 26.

Ziele und Aufbau der Gemeinschaftsinitiative

Kein Zweifel also: Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Aber wie kann unter diesen Umständen die Demokratie in Ostdeutschland gestaltet werden? Welche Erfahrungen brauchen die Menschen, um sich (wieder) mit der Demokratie zu identifizieren? Was können Stiftungen für die Stärkung der Engagierten in Ostdeutschland leisten und welchen Fokus sollten sie dabei legen?

Einen Ansatzpunkt sieht die Initiative darin, diejenigen Engagierten gezielt zu unterstützen, die sich für das Gemeinwohl und für eine gerechte, offene und inklusive Gesellschaft einsetzen, die sich in ihrem Engagement an den universellen Menschenrechten orientieren und in deren Handeln kein Platz für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist. Das können Demokratieinitiativen oder Sportvereine sein, Engagierte, die Kindern eine kulturelle Teilhabe ermöglichen wollen, ebenso wie Vereine der politischen Bildung oder Migrant*innenselbstorganisationen.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Stabilität der Verhältnisse, in denen Engagement stattfindet. Die Rahmenbedingungen, unter denen sich Menschen engagieren, haben großen Einfluss auf die Qualität, Wirkung und die Nachhaltigkeit ihres Engagements. Zu den wichtigsten zählen die demographische Zusammensetzung in Ostdeutschland, die Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land sowie ökonomische, rechtliche und politische Bedingungen. Aber auch ausreichend finanzielle Ressourcen spielen für langfristiges Engagement eine entscheidende Rolle. Stiftungen können aber nur ein Baustein dieser stabilisierenden Struktur sein. Vor allem der Staat ist hier in der Pflicht sowohl rechtliche als auch strukturelle Sicherheit zu schaffen.

Die Akzeptanz der repräsentativen Demokratie hängt davon ab, ob es gelingt, liberale und pluralistische Identifikationsangebote zu vermitteln und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit zu schaffen. Das kann aber nur dann gelingen, wenn die Politik allgemein erfolgreich gestaltet und so wahrgenommen wird. Stiftungsarbeit für die Demokratie kann gute Politik ergänzen und unterstützen. Nicht ersetzen.

Deshalb sieht die Initiative Stiftungen als entscheidende Akteurinnen, die gemeinsam mit der öffentlichen Hand und der regionalen Wirtschaft, die Engagementlandschaft in Ostdeutschland unterstützen, beleben und zielgerichtet stärken können, wenn sie kooperativ handeln. Dabei können wirksame Handlungsansätze von Stiftungen vielfältig sein – von der konkreten projekt-förmigen Förderung demokratischer Initiativen, über den langfristigen Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen bis hin zur modellhaften Adaption methodischer Ansätze, die anderswo bereits zur Resilienz von Demokratie beitragen. Handelnde Stiftungen können gemeinsam mit der lokalen Zivilgesellschaft auf der Grundlage der eigenen Programmatik passgenaue Ansätze entwickeln. Die neue Gemeinschaftsinitiative möchte diese Prozesse moderieren, das vorhandene Wissen koordinieren und das Lernen voneinander organisieren. Die Initiative möchte einen Beitrag zur zivilgesellschaftlichen Resilienz leisten.

Zielgruppen und methodische Ansätze

Die Hauptzielgruppen sind in der Pilotphase der Initiative die „Gestalter*innen“, also Akteur*innen, die sich fürs Gemeinwohl und für eine gerechte, offene und inklusive Gesellschaft einsetzen. Über die Verbreitung modellhaft erprobter Ansätze sollen anschließend die „Verdrossenen“, also Menschen, wie Decker, Kiess und Brähler es formulieren, deren Alltag kaum oder keine Berührungspunkte mit politischer Ausgestaltung hat, eingeladen werden, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen und ihr Lebensumfeld (wieder) aktiv mitzugestalten.

Die neue Gemeinschaftsinitiative will für beide Zielgruppen Angebote schaffen, die den Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Stiftungen, Politik und der Wirtschaft fördern und somit demokratische Prozesse und Strukturen in Ostdeutschland langfristig stärken. Dabei können für beide Zielgruppen unterschiedliche methodische Ansätze im Mittelpunkt stehen.

Einerseits kann das Engagement der „Gestalter*innen“ durch die Entwicklung, Verbreitung und Verstetigung neuer Initiativen und Partnerschaften gestärkt werden. Außerdem können Angebote der Qualitätsentwicklung wie auch der Reflexion über ihre eigenen Aktivitäten unterstützt werden. Denn vielfach belegt ist, dort wo Anerkennung für und Selbstwirksamkeit des eigenen Engagements erlebt wird, bilden sich Resilienzen gegen populistische Agitation.

Um der individuellen und gesellschaftlichen Entfremdung, Ohnmacht oder Verweigerung – also Phänomenen der Verdrossenheit – entgegenzuwirken, können andererseits Reflexionsangebote, Diskurs- und Begegnungsräume dienen, die einen Austausch auf Augenhöhe ermöglichen. Um Agitation zu begegnen, könnten Settings dienen, die die aufgestellten Thesen der „Verdrossenen“ in den Kontext von „Demokratie“ stellen. Kann ich Selbstwirksamkeitserfahrungen in autokratischen Systemen machen? Welchen Beitrag leistet ein demokratisch-freiheitlicher Rahmen für meinen Wohlstand, mein Wohlbefinden, meine Wirksamkeit? Die Hoffnung ist: Eine Annäherung an demokratisch-freiheitliche Grundideen zu erreichen.

Darüber hinaus könnte die Aneignung von Strategien zur Dechiffrierung von rechtspopulistischer Argumentation ein Angebot für beide Zielgruppen bilden.

Der Prozess zur Umsetzung der Initiative umfasst zwei Säulen:

a) Operative Umsetzungsebene in mindestens 3 Pilot-Regionen:

- Es werden zunächst mindestens 3 Pilot-Regionen in Ostdeutschland ausgewählt, basierend auf objektivierbaren Strukturmerkmalen wie bereits bestehender Zugang zu zivilgesellschaftlichen Strukturen, Bevölkerungsentwicklung, Wahlverhalten und Kooperationserfahrung der Zivilgesellschaft. Die Auswahl soll eher ländliche Gebiete berücksichtigen. Eine Fokussierung auf 3 Schlüsselregionen ist wichtig, um zielgerichtet handeln zu können und den anschließenden Transfer evidenzbasiert zu gestalten.
- Mit den Pilot-Regionen sind nicht Bundesländer gemeint, sondern territoriale Einheiten, die sich selbst als Region verstehen, z.B. Altmark, Lausitz o.ä., ggf. Landkreise.

- Thematisch bleibt die Initiative breit aufgestellt: Stiftungen können sich in den Regionen entlang der eigenen Stiftungsprogrammatik einbringen und individuelle Schwerpunkte setzen. Die Koordinierung der Initiative bindet die unterschiedlichen Engagements in einem gemeinsamen Narrativ zusammen.

b) Überregionale Ebene:

- Auf überregionaler Ebene wird ein positives Narrativ entwickelt, das die Bedeutung der demokratischen Zivilgesellschaft betont und die gemeinsamen Ziele und Werte dieser Initiative hervorhebt.
- Durch das positive Narrativ entsteht eine gemeinsame Klammer, welche die unterschiedlichen Projekte, die in den Regionen umgesetzt werden, zu einem Gesamtbild zusammenfügt. So können sich Stiftungen individuell engagieren und damit einen Beitrag für „das große Ganze“ leisten.
- Darüber hinaus soll kampagnenförmig über die Initiative in der Öffentlichkeit berichtet werden, um ein positiveres Bild von Ostdeutschland zu zeichnen und die Beteiligung von Stiftungen und der Wirtschaft zu fördern.

Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Operative, regionale Ebene

- Bedarfserhebung über Hearings, Roundtables, Einzelgespräche und Metaanalyse
- Auswahl von 3 Regionen zur Umsetzung von Projektinitiativen, die zivilgesellschaftliches Engagement in den Bereichen Umwelt, Kultur, Sport, Soziales o.ä. fördern
- Alle Projekte leisten einen Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie und zur zivilgesellschaftlichen Resilienz
- Start der Projekte vor Ort ab 2024

Überregionale Ebene

- Gewinnung einer Kommunikationsagentur zur Entwicklung eines verbindenden Narrativs für die Initiative
- Aufbau einer Webseite und verschiedener Ansprachestrategien für unterschiedliche Zielgruppen und Partner der Gemeinschaftsinitiative
- Kommunikation aus den lokalen Projekten und Aufbau eines positiveren Bildes von Ostdeutschland

Prozessbeschreibung zur Vorbereitung der Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland:

1. Im vierten Quartal 2023 werden in drei Bundesländern Roundtables mit relevanten Akteur*innen durchgeführt. So sollen regionale Bedarfe identifiziert, Zugänge zu marginalisierten Gruppen wie Migrant*innenorganisationen (MOs) gestärkt und Handlungsansätze für die Gemeinschaftsinitiative abgeleitet werden. Wirksame Dialogformate wie die [Gesprächsreihe der Stiftung Bürger für Bürger](#) können genutzt werden, um themenspezifische Bedarfe herauszuarbeiten.
2. Parallel finden Einzelgespräche mit zivilgesellschaftlichen Schlüsselakteur*innen statt, die sich mit ihrer spezifischen Expertise in die Umsetzung vor Ort einbringen wollen. Ziel der verschiedenen Hearings und Gespräche ist ein Lagebild zu entwickeln, das generelle Ableitungen über Bedarfe der Ostdeutschen Zivilgesellschaft zulässt und gleichzeitig regionale und zielgruppenspezifische Bedarfe markiert.
3. Es existieren bereits verschiedene Lagebilder, Expertisen und Studien zur Verfasstheit der ostdeutschen Zivilgesellschaft. Die Initiative will mit Unterstützung des Ostbeauftragten der Bundesregierung eine Metaanalyse beauftragen, um diese Daten zusammenzufassen, damit die konkreten Bedarfe der ostdeutschen Zivilgesellschaft identifiziert werden und für die Initiative gewinnbringend nutzbar zu machen.
4. Erfahrungswerte aus Projekten und Initiativen, die bereits in Ostdeutschland aktiv sind (z.B. [Neuland gewinnen](#), [Aufwind-Initiative](#), [JUGENDSTIL*](#) u.a.) werden aufgenommen und in die weitere Planung einbezogen.
5. Auf dem [Forum Bürgergesellschaft](#) werden im November 2023 die bis dahin ermittelten Bedarfe, Handlungsansätze und Commitments vorgestellt.
6. Am 17. November 2023 soll die Gemeinschaftsinitiative im Rahmen der Konferenz „Ostdeutschland 2030“ in Leipzig vorgestellt werden.
7. Im Dezember 2023 soll die Auswahl der Pilot-Regionen und der konkreten Maßnahmen für die operative Umsetzungsebene mit den Partnern der Gemeinschaftsinitiative abgestimmt werden, die ab dem Jahr 2024 operativ umgesetzt werden.
8. Parallel wird eine Kommunikationsagentur beauftragt, um ein Narrativ zu schaffen, das Stiftungen und die Wirtschaft anspricht und für die Initiative begeistert. Dazu werden unterschiedliche Ansprache- und Verbreitungsstrategien entwickelt.
9. Durch Öffentlichkeitsarbeit über Pressemitteilungen, Webseite und Online-Postings werden die Vorhaben der Öffentlichkeit vorgestellt.
10. Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, übernimmt die Schirmherrschaft, um der Gemeinschaftsinitiative zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit zu verleihen und das Engagement auf politischer Ebene zu unterstützen.